

Abonnementspreis

Der wöchentlich erscheinende ...

Redaktion  
Zwingerstraße 22, post.  
Eröffnung

Telegramm-Adressen

# Sächsische Arbeiter-Zeitung

Organ zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse.

Nr. 131.

Dresden, Freitag den 9. Juni 1905.

16. Jahrg.

Inserte  
werden bis 6 getragene Zeilen  
über jeden Raum mit 20 Pf. be-  
rechnet und bei unbefristeter An-  
nahme halbiert.

Expedition:  
Zwingerstraße 21, post.  
Beliefert den morgens 6 Uhr  
abends 7 Uhr.

Wird nicht für die Werbung der  
Sache und Zeitungs.

## Die Organisation der Partei.

Der Entwurf des Organisationsstatuts unterliegt jetzt  
der Kritik der Genossen und der Parteipresse. Was  
in unserer ersten Besprechung gelang haben, ist eingetroffen.  
Über die Vorschläge der Organisationskommission sind Einwürfe  
in geringem Maße erhoben worden und meist sind sie mehr  
ergänzender als grundsätzlicher Natur gewesen. Wenn der Entwurf  
nicht feilt, so weniger wegen dessen, was er enthält,  
als wegen dessen, was er nicht enthält. Und die Beschlüsse,  
die die Genossen und Parteiorgane vielerorts in dem Entwurfe  
vermerkt haben, ist jene über die Vertretung der Reichstags-  
fraktion auf dem Parteitag.

Der Entwurf des Organisationsstatuts, der vom Partei-  
rat in der Bremer Parteitag vorgelegt wurde, enthielt bekanntlich  
die Bestimmung, daß die Fraktion nicht in corpora, sondern  
nur durch eine Deputation auf dem Parteitag vertreten sein solle.  
Diese Deputation ist auf alle Fälle notwendig, da die Fraktion  
durch eine offizielle Vertretung dem Parteitag Rechenschaft zu  
geben hat und ihr auch die Möglichkeit gegeben sein muß, sich  
gegen Vorenstellungen ihrer Handlungen zu verteidigen. Das  
bedeutet für die Fraktion auf dem Parteitag ist denn auch noch irgend-  
was in Frage gestellt worden. In weiten Kreisen aber hat sich  
die Ansicht gebildet, daß das bisherige Privilegium der Reichs-  
tagsabgeordneten, auf dem Parteitag zu erscheinen, nicht mehr  
zu halten sei.

Ein Grund, der ursprünglich zum mindesten für diese Einschränkung  
des Rechts der Abgeordneten angegeben wurde, ist dieser, daß der  
Zentralrat der Partei aus diesem Recht der Abgeordneten bei  
den letzten Wahlen der Partei zu große Ausgaben erwachsen.  
Dieser Grund dürfte indes nicht in Betracht kommen, wenn es  
sich um eine Einschränkung handelte, die für die Partei nötig wäre,  
die unterer Sachse erheblichen Vorteil brächte. Und tatsächlich  
handelt es sich bei dem Statut, womit die Parteipresse-  
kosten nicht in Betracht — sie wird zu hoch veranschlagt von  
denen, die da glauben, die Partei könne sie nicht tragen.

Wenn trotzdem die Frage der Vertretung der Fraktion auf  
dem Parteitag ernst Erwägung verdient, so deshalb, weil Gründe  
des Parteivolks gegen die Beibehaltung des jetzigen Zustandes  
sprechen.

Die Fraktion hat selbstverständlich auf dem Parteitag in  
allen den Fragen, die sie selbst, ihre Haltung, ihre Handlungen  
betreffen, kein Stimmrecht. Die Abgeordneten stimmen aber gleich-  
wohl mit den Genossen gewählten Delegierten bei allen anderen  
Angelegenheiten mit. Solange die Fraktion verhältnißmäßig  
klein war, war die Möglichkeit, daß die Fraktion  
einen verhältnißmäßig bedeutenden Einfluß auf die Beschlüsse  
des Parteitags erlange, geringer. Jetzt aber ist sie gegeben,  
und diese Möglichkeit kann nicht als unwahrscheinlich erachtet werden.

Selbstverständlich sind die Reichstagsabgeordneten der Partei  
ebenfalls gute Genossen wie jeder nicht mit einem Mandat geschmückte  
Sozialdemokrat. Und niemand denkt daran, sie zu Genossen zweiter  
Ranges zu machen, niemand daran, ihnen das Recht, auf dem Parteitag  
zu erscheinen, zu nehmen, wenn sie von einem Wahlkreis als  
Delegierte gewählt sind. Es handelt sich hier aber nicht um das  
politische Recht, sondern um ein Vorrecht.

Der Parteitag soll ein möglichst getreues Spiegelbild der  
Stimmung, des Willens der Partei geben. Deshalb muß die  
Möglichkeit bestehen, die Vertreter der Partei auf dem Parteitag  
jedesmal neu zu wählen — fortwährende Mandate wie das  
des Reichstagsabgeordneten sind hier vom Uebel. Der Abgeord-  
nete hat jetzt die Möglichkeit, auf dem Parteitag seinen Einfluß  
 geltend zu machen, selbst wenn er mit keinem Wahlkreis nicht  
einig ist, wenn seine und der dortigen Parteigenossen Meinung  
 sich direkt widerstreben.

Indem hängt die Zusammensetzung der Fraktion von den  
verschiedenen Zufälligkeiten ab. Wir brauchen nur an die Stich-  
 wahlen zu erinnern, wo bürgerliche Wähler das Schicksal des sozial-  
 demokratischen Kandidaten in der Hand halten. Wer will ferner leugnen,  
 daß für die Auswahl der Reichstagskandidaten manchmal ganz  
 andere Gründe maßgebend sind, als sie bei der Wahl eines  
 Parteitagdelegierten in erster Linie zu entscheiden haben?

In einer bürgerlichen sozialwissenschaftlichen Zeitschrift, dem  
Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, erschien vor einigen  
 Wochen der Artikel eines Statistikers H. B. anfang über die soziale  
 Zusammenfassung der sozialdemokratischen Wählerschaft Deutsch-  
 lands. B. anfang kommt darin auf Grund der Gegenüberstellung der  
 Wahlstatistik und der Verfassungsverhältnisse zu dem Ergebnis, daß 1903  
 von den über drei Millionen Stimmen der Sozialdemokratie  
 244.000 von Arbeitern, 564.000 aber von bürgerlichen  
 Wählern stammten.

Natürlich ist das eine Wahrscheinlichkeitsrechnung, und die  
 Annahmen, worauf sie sich stützt, können zum Teil falsch sein. Aber  
 ein solcher Kern steckt in dieser Berechnung, und die von B. anfang  
 errechnete Zahl wird, mögen in der einen oder anderen Gruppe  
 zehntausend Wähler zu viel oder zu wenig gerechnet sein, doch im  
 großen und ganzen das Richtige treffen. Sie gibt jedenfalls einen  
 anschaulichen Begriff von der sozialen Zusammensetzung der sozial-  
 demokratischen Wählerschaft.

Es ist nun also, so ist die Gefahr vorhanden, daß die  
 Partei, um nur so kein Mandat zu verlieren, an die Interessen  
 dieser bürgerlichen Elemente mehr Rücksicht nimmt, als sich mit  
 ihren Grundrissen mit ihrem Klassencharakter verträgt. Und am  
 ehesten wird sich das, mehr und mehr als bewußt, in der  
 Fraktion ausprägen. Wir sehen ja denn auch, daß in der Fraktion  
 der Revisionismus stärker ist als in der Partei selbst.

Es muß in den Willen der organisierten Parteigenossen  
 gestellt sein, wer den Parteitag besucht, nicht in den Willen der  
 unorganisierten Wähler. Wählen die Parteigenossen den Ab-  
 geordneten, so ist es recht. Dann bekunden sie, daß sie mit seiner  
 Tätigkeit einverstanden sind.

Die Einschränkung des Fraktionsrechts würde Gefahren ver-  
 mindern, die den Parlamentariern nun einmal drohen, in Folge des  
 Wuchers des Parlamentarismus; die ihnen um so mehr drohen, je  
 größer der Verstand ist, in dem sie im Parlament wirken. Der  
 Fortfall des Privilegiums würde manche von ihnen in engeren  
 Kontakt mit ihren Wahlkreisen bringen. Vor allem aber würde  
 es verhindern, daß sich die Fraktion gegen die Partei verfeindete,  
 daß das beste Beispiel Frankreichs Nachahmung bei uns findet,  
 wo wir jetzt wieder sehen, wie verschiedene Deputierte das „Nicht  
 der Parteipresse“ abwerfen und nur nach ihren Wählern  
 verantwortlich sein wollen.

Es ist notwendig, daß die Fraktion nicht der Partei die  
 Richtung vorschreibt. Auch nicht mittelbar kraft ihres Einflusses  
 im Parteiparlament. Die Kraft der Arbeiterbewegung ruht in  
 der Organisation und ihr ausführende Instrument muß die  
 Fraktion sein.

Aus den Stimmen der Parteipresse zu diesem Punkte seien  
 kurz die folgenden zitiert.

In der Dresdener Volkszeitung schrieb ein Mitglied der  
 Kommission, die den Entwurf ausarbeitete:  
 „Einmal würde die erwünschte Wirkung, die Vermehrung  
 der Genossen „aus dem Lande“ damit kaum erreicht — vielleicht  
 sogar das Gegenteil — zum andern könnte die Auswahl des be-  
 vorrechteten Viertels vielleicht auch zu Unannehmlichkeiten führen.  
 Die Kommission beschloß sogar auf besonderen Antrag, eventuell  
 lieber die Vertretung der ganzen Fraktion aufzuheben, als die eines  
 Teiles derselben. Aber auch die sonstige Vertretung auf weiteren  
 Parteitagen ist dringend der Reform bedürftig. Mit der Be-  
 stimmung, jeder Wahlkreis wählt drei Delegierte, machen wir uns  
 die Ungerechtigkeiten der deutschen Wahlkreisverteilung zu eigen,  
 räumen wir den nach vielen Tausenden zählenden Genossen in Berlin  
 VI nur dieselben Rechte ein, wie den einzigen hundert in jedem  
 Provinzialstädtchen. Die Kommission verwarf sich diesen Anfechtungen  
 nicht, schob aber eine Lösung der Frage doch noch einige Jahre  
 hinaus, bis die Abrechnungen der organisierten Wahlkreise eine  
 feste Grundlage für proportionelle Vertretungen ermöglichen.  
 Dann erst wird sich eine gerechte Vertretung nach der Zahl der  
 Organisierten herbeiführen lassen, dann aber wird auch die eng  
 damit verbundene Frage gelöst werden, ob die Delegationskosten  
 nicht wie bei den meisten Gewerkschaften aus der Hauptmasse  
 gedeckt werden.“

Hamburger Echo: ... Der Parteitag soll eine Vertretung  
 der Genossen im allgemeinen sein, und es ist nicht gut, wenn die  
 Zahl der Parteifunktionäre eine zu bedeutende wird. ... Der  
 Einfluß, den die große Masse der Parteigenossen durch ihre für  
 den bestimmten Fall gewählten Vertreter ausübt, wird durch das  
 Ansteigen der Zahl der Abgeordneten und sonstiger Partei-  
 funktionäre zu stark eingengt. Sollte man konsequent sein, so  
 müßte den Mitgliedern der verschiedenen Parteitage das gleiche  
 Recht eingeräumt werden. ... Würde aber in dieser Weise das  
 Vorrecht der Abgeordneten, so ipso als berechtigter Teilnehmer  
 an Parteitagen zu gelten, in der Weise verallgemeinert, so würden  
 wir schnell zu unhaltbaren Zuständen kommen, wie sie in den  
 bürgerlichen Parteien üblich sind, wo die Offiziere alles, die Mann-  
 schaften nichts bedeuten. ...

Leipziger Volkszeitung: Es handelt sich hier um die  
 Sanktionierung eines Parteirechts, das nimmermehr anfang, eine  
 Parteiplage zu werden. Längst ist der illegitime Einfluß, den  
 die Fraktion im Parteileben ausüben sich gewöhnt, unan-  
 genehm aufgefallen und hat sich in parteischädlicher Weise  
 geltend gemacht. Die Fraktion ist keine organisationsmäßige  
 Instanz in der Partei, sie ist kein Ausschuß der Partei-  
 genossen, sondern der Wähler, also einer formlosen Masse,  
 deren politische Organisation ganz unkontrollierbar ist.  
 Wir haben es bei den Wahlen von 1898 erlebt, daß da eine Reihe  
 von Kandidaten auftauchte, die man bis vor kurzem im alten rich-  
 tigen

[24. Fortsetzung.]

## Die Kommune.

Roman

von  
Paul und Viktor Marguerite.

O ja! Und das Geheimnis dieser merkwürdigen, nach  
 zehn Minuten aufgehobenen Sitzung ist die Diskussion über  
 einen andern Tag verdrängt, während Tiersch, beiderseits die Natio-  
 nalversammlung, ihre Worte und ihre Handlungen zu wagen  
 und ihre Redensarten zu zügeln. Ein unglückliches Wort  
 konnte Strome von Blut entfesseln! Er war bleich, seine Lippen  
 waren trocken. Doch das Geheimnis ist durchgedrungen, hat sich  
 natürlich nach Paris fortgepflanzt und die Willenskraft der  
 Bürgermeister gestürzt. Die seit vierundzwanzig Stunden einen  
 verheerenden Kampf gegen das Zentral-Komitee wegen des  
 Datums der Wahlen führte. Die Unglücklichen! Heute  
 morgens begegnete ich einem von ihnen, wie er ganz erschöpft  
 nach dem Kompromiß die Rue de la Banque verließ. „Ganz  
 unzufrieden!“ ... Was für eine Existenz führen sie seit dem  
 Verbrechen! Fast alle aus ihren Kammern vertrieben, in den  
 drei Arrondissements des Zentrums zusammengepackt  
 Ständen bei Tag, bei Nacht, zwischen der Nationalversam-  
 lung und dem Komitee schwanfend, von einer Versprechung zur  
 anderen, von einer Treulosigkeit zur anderen hin und her ge-  
 jagt.

„Ach ja!“ sprach Thedenat sinnend. „Jetzt begreife ich.  
 Sie haben das weiße Gezeugs gesehen, die Wiederaufrichtung  
 der Monarchie, und haben nachgegeben, um Schlimmeres zu  
 verhindern!“ ... Doch erzählen Sie mir das ausführlich.“

„Run also! Gestern nachmittags nach der kategorischen  
 Absage hat Brunel mit zwei Delegierten des Komitees — Protot  
 und einem anderen — vier Bataillonen, Garibaldianern und  
 Plamenen die Mairie des Louvre umzingelt und Meline be-  
 halten, um den Platz zu übergeben und die Einberufung für  
 den sechsundzwanzigsten zu unterzeichnen. Nach langen Ver-  
 handlungen kommt ein Ausgleich zustande, und sie beschließen,  
 die Wahlen auf den dreißigsten festzusetzen. Sie erscheinen ge-  
 meinam auf der Freitreppe der Mairie, um sich in die drei  
 letzten Arrondissements zu begeben, wo die Vereinigung der

Bürgermeister in Permanenz tagt. Die Bravo- und die Vivat-  
 rufe vermischen sich. Bataillone de Ordre und Adhärenze, eine  
 Minute vorher zum Angriff bereit, heben die Kolben und ver-  
 schmelzen miteinander. Eine Last fällt allen vom Herzen. Rings  
 umher bricht die Menge in Jubelgeschrei aus. In der Rue de la  
 Banque wiederholt sich die Debatte. Hier ist man über das  
 Datum einig, aber streitet sich wegen des Modus der Stim-  
 mung. Endlich verständigt man sich, Delegierte und Bürger-  
 meister unterfertigen den Vertrag; die Festsetzung der Wahlen  
 für den dreißigsten, die Wiedereröffnung der Bürgermeister in  
 sämtlichen Arrondissements mit der Verpflichtung, selbst das  
 Statutium zu überarbeiten. ... Allgemeiner Jubel.

„Bei Gott!“ warf Martial ein. „Selbst mein Bataillon  
 ist unter den Auserwählten! Keinen Bürgerkrieg mehr! Es lebe die  
 Arbeit! Bist du Friede!“ durch die Straßen gejaugt.“

„Warte nur.“ fuhr Boncet fort. „Vald zeigte es sich,  
 daß es ein blinder Jubel gewesen. Als die Bürgermeister von  
 ihren Kammern Besitz ergreifen wollten, begegneten sie energi-  
 schem Widerstand. Entworfte fehen sie in die Rue de la Banque  
 zurück, wo spät in der Nacht erst Arnold und Ravier erscheinen  
 und im Namen des Komitees erklären, daß Brunel seine Voll-  
 macht überschritten habe und die Wahlen, man mag nun  
 wollen oder nicht, auf den sechsundzwanzigsten angelegt bleiben.  
 Die Bürgermeister verossen einen Protest, verzögerten sich in  
 der Mairie, Bataillonen, Chasseurs, man wehrt sich tapfer. ...  
 Heute morgen um elf Uhr hatten die Unermüdbaren — sieben  
 Bürgermeister und siebenundzwanzig Adjunkte — die Sitzung  
 wieder eröffnet, als aus Versailles die Deputierten eintreffen.  
 Es sind ihrer sechs, Clemenceau, Lodron, Floquet, Schoeder,  
 Tolain und Creppo. Sie kramen die trostlosen Nachrichten aus:  
 Tunnale oder Joinville. Vald nachher fehren Arnold und  
 Ravier zurück; wüßigen die Bürgermeister in das Datum des  
 sechsundzwanzigsten, so wird man ihnen ihre Kammer zurück-  
 geben, und die Wahlen werden unter ihrer Leitung stattfinden. ...  
 Donnerwetter! mag man noch so fest sein Recht be-  
 haupten, ein wenig Legalität würde nicht schaden! ... Die  
 Bürgermeister, all dieses Handelns und Heißens müde, wider-  
 streben anfangs, wie aber schwanfen, wenn man zwischen zwei  
 Parteien steht, von denen die eine bereit ist, den Bürgerkrieg  
 mit der Monarchie dem Lande aufzubringen. Die andere, dank  
 den Wahlen, ohne Zweifel davor zurückzukehren wird, ihn zu ent-

seßeln? Sie unterzeichneten die endgültige Einberufung für mor-  
 gen und rufen ganz Paris zur Abstimmung. Daß die Herren  
 sich in ihren Händen befinden, ist eine Bürgschaft für die Ge-  
 rechtigkeit der Wahlen. ... Versailles wird nachdenken. ... So  
 also liegen die Dinge, lieber Freund.“

Er zog seine Uhr:  
 „In dieser Stunde ist Louis Blanc im Begriffe, die Ent-  
 scheidung der Bürgermeister der Nationalversammlung zu  
 unterbreiten und dieselbe mit der Erklärung, daß sie als gute  
 Bürger gehandelt haben, um die Sanktionierung des Beschlusses  
 zu bitten.“

Thedenat verzog das Gesicht:  
 „So stehen wir denn am Fuße der Mauer. ... Kann  
 man diejenigen, die seit sechs Wochen nicht aufhören, Paris auf-  
 zureizen und zu verwunden, die in der lokalen Wirklichkeit  
 der Bürgermeister nichts als ein Mandat zugunsten der Re-  
 publik gesehen haben, einer guten Meinung für fähig halten?  
 Sie verdächtigen sie, sie hassen sie und haben sich ihrer nur be-  
 dient, um den Truppen Zeit zu geben, sich zu fertig. Das ist  
 ihr Zweck, der sich in allen ihren Handlungen und ihren Ge-  
 danken verrät. ...“

Boncet brummte:  
 „Wer weiß, ob sie es, wenn die Wahlen erst vorbei sind,  
 wegen werden, sie für unzulässig zu erklären und ihre Maske zu  
 lüften? Dunkel und drohend liegt die Zukunft vor uns.“

Taurig, in trostlosem Zweifel blickte sie sich an, auch  
 sie dieser ewigen Ungewißheit müde, hoffnungslos und im ge-  
 heimen doch noch hoffend.

Es klingelte. Frau Thedenat, die sich erhoben hatte, um  
 zu öffnen, rief leise ihren Mann:  
 „Lieber Freund. ... Herr Simon ist da und möchte dich  
 sprechen.“

Thedenat trat ins Vorzimmer hinaus, um ihn zu em-  
 pfangen. Verlegen, den dicken, struppigen Kopf entblößt, zog  
 der Schuster hastig eine in Papier gewickelte Rolle aus der  
 Tasche; es war das Geld, das Thedenat vergangene Woche ihm  
 geliehen hatte. Nein, er brauchte es nicht mehr, es waren Jah-  
 lungen eingegangen, und da jetzt alle Welt einzig war, die  
 Verfalltermine um einen Monat zu prolongieren. ... Die  
 Nationalversammlung nach der Kommune. ... Er lächelte mo-  
 ligglos; es hatte sich also damals gar nicht der Mühe gelohnt,

SLUB